

Liebe Leserinnen und Leser,

DIE LINKE ALTONA und die Redaktion der Altonaer Linke Nachrichten wünschen Euch und Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer neuen Ausgabe. Entgegen der üblichen Gepflogenheiten stellen wir an dieser Stelle nicht die Artikel der Zeitung vor, sondern das, was uns auch beschäftigt, aber Euch und Ihnen nicht in Artikelform vorliegt.

Wozu braucht man Feinde, wenn man Freunde hat?

Natürlich sind damit nicht richtige und vertrauenswürdige Freunde gemeint, sondern weltpolitische Freunde wie die USA oder die Briten. Deren Freundschaftsbänder heißen „PRISM“ und „GCHQ“, sind nicht einmal bunt und freundschaftlich verbindend, sondern gleichen weit mehr Kraken, datenaufsaugenden Kraken. Geheimdienste schnappen auf, wonach wir googeln, was wir bei Facebook & Co posten und vertraulich via E-Mail mitteilen. Grundsätzlich stehen wir alle im Verdacht, nämlich im Verdacht nicht den heimischen Rasen, sondern irgendetwas anderes sprengen zu wollen, jedenfalls vielleicht. Deutsche Geheimdienste wildern auch in unseren Daten herum, nur scheinen sie außerdem auf dem rechten Auge außerordentlich blind zu sein, was dem NSU zehn Jahre Ruhe zum Morden verschaffte. Natürlich spionieren auch chinesische und viele andere nationale Geheimdienste, so wie es eben Geheimdienste so tun und besser nicht tun sollten. Die STASI hat es natürlich auch getan und das war auch ein aus-

gesprochen unerfreuliches Kapitel der Geschichte. Viele Millionen Menschen werden heimlich ausgeforscht, viele hundert Millionen Nachrichten überprüft und kontrolliert. Daran ist gar nichts demokratisch! Geheimdienste gehören schlicht abgeschafft!

Auch im Kleinen passiert Widerwärtiges. Die Haasenburg GmbH betreibt in Brandenburg ein geschlossenes Heim. Dort wurden Kinder und Jugendliche drangsaliert, isoliert, mit Gewalt auf Liegen oder auf dem Boden fixiert, gequält und isoliert. Ihr Wille sollte gebrochen werden, damit sie später so funktionieren, wie sie gefälligst zu funktionieren haben. Zahllose Dokumente und viele Zeugenaussagen belegen die menschenverachtende Erziehung, die zweifelsohne in einem faschistischen Staat zu Hause sein könnte. Es steht zu befürchten, dass diese Praxis auch nach 2010 noch Gültigkeit hatte. Eine ernsthafte Kontrolle bzw. eine ernst zu nehmende Aufsicht kann es nicht gegeben haben. Erst die „taz“ sowie **DIE LINKE** und auch einige Grüne haben die unhaltbaren Misshandlungen im Heim thematisiert. Das Heim muss geschlossen werden. Die Haasenburg GmbH darf niemals wieder eine Trägerschaft für Heime und andere pädagogische Einrichtungen erhalten. Alle Kinder sollten sofort und ohne Ausnahme aus dem Heim genommen werden, darunter auch 15 Hamburger Kinder und Jugendliche. Sie brauchen wie die Ehemaligen eine umfassende therapeutische Begleitung, die die Traumata bewältigen hilft. Und dann gilt noch die Frage zu klären, warum der Träger so lange unbehelligt

blieb und nahezu das gesamte Personal mitspielte!

Bei der Umstellung der Hamburger Schulen auf den Ganztagsbetrieb werden viele Mängel deutlich, die insbesondere bei den Eltern und vielen Schülern/-innen zu Kritik und Missstimmung führen. Die Elternkammer und der Landeselternausschuss hatten schon im April ein Notfallpaket zur Behebung und Bewältigung der Probleme eingefordert. Kritik gibt es besonders bezüglich der Qualität in der Versorgung der Kinder mit Essen in geeigneten Räumen, bei der räumlichen und personellen Ausstattung im Rahmen der Nachmittagsbetreuung oder hinsichtlich der Inklusion von Schulkindern mit einem besonderen Förderbedarf, die ausschließlich in Grundschulen und in Stadtteilschulen vorgesehen ist, aber nicht in Gymnasien. **DIE LINKE** stellte in der Bürgerschaftssitzung im Mai einen Antrag (Drucksache 20/7994) mit sieben Forderungen. Dabei geht es zum Beispiel um die Erhöhung des Kostensatzes für das Essen auf 4,50 Euro, nicht für die Eltern, sondern für die Zubereitung der Mahlzeiten und für Zwischenmahlzeiten im Früh- und Spätdienst sowie in der Ferienbetreuung. Der bisher festgelegte Kostensatz reicht nämlich nicht, was dazu führte, dass die „Elbkinder“-Vereinigung an allen GBS-Standorten, an denen sie sind, aus der eigenen Essensversorgung für die Schulkinder aussteigen will. Für 3,50 Euro könne man kein gesundes Essen reichen. Viele Caterer werden zudem für die schlechte Qualität des Essens kritisiert. **DIE LINKE** forderte außerdem,

die Mittel für den Neubau und für den Ausbau der Kantinen zu erhöhen, die Ressourcen für Kinder mit besonderem Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache und emotionale Entwicklung auch am Nachmittag zur Verfügung zu stellen und Hartz IV-Kinder von den Gebühren für die Randzeit- und Ferienbetreuung zu befreien. Interessant war dann das Abstimmungsergebnis: die SPD-Mehrheitsfraktion stimmte geschlossen gegen alle sieben Verbesserungsvorschläge der Linken.

Mehr als 950.000 Familien erziehen, betreuen und pflegen ihre be-

hinderten Kinder. Die seelischen und körperlichen Belastungen sind hoch. Manche Ehe zerbricht an den An- und Herausforderungen, die damit verbunden sind. Oft stellen sich auch große finanzielle Schwierigkeiten ein. Viele betroffene Eltern geben ihre Arbeit auf und sind daraufhin auf den Bezug von Hartz IV und Pflegegeld angewiesen. Nicht selten drohen ihnen soziale Isolation und Ausgrenzung. „**Inwendig warm, miteinander – füreinander**“ heißt die politisch-demonstrative Wanderaktion, die Arnold Schnittger (www.nicos-farm.de) und www.inwendig-warm.de) gemein-

sam mit seinen behinderten Sohn vom Norden der Republik bis an das südliche Ende unternommen wird. Während ihres Weges und an zahlreichen Stationen zwischen Flensburg und Gaienhofen am Bodensee werden sie auf die Situation dieser Familien aufmerksam machen. Am 27. Juli werden sie von Norderstedt aus nach Bahrenfeld gelangen. Dort ist eine Veranstaltung vor dem Via Caf er in der Paul-Dessau-Straße 4 geplant. Wer beide auf der Strecke begleiten möchte, sollte einen Blick auf die Website werfen, denn dort wird die Route detailliert beschrieben.

Bundestagswahl 2013

GUTE GRÜNDE FÜR DIE WAHL DER LINKEN

Agenda 2010 überwinden, soziale Gerechtigkeit schaffen!

Acht Millionen Menschen sind in Deutschland im Niedriglohnssektor beschäftigt. Viele von ihnen arbeiten Vollzeit und können doch nicht davon leben. Sie müssen aufstocken, also ergänzende Leistungen von den Arbeitsagenturen beziehen. Bundesweit gab es 2012 fast 1,3 Millionen Aufstocker/-innen, darunter 590.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte! Dem Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen zufolge lag der durchschnittlich gezahlte Niedriglohn im Jahr 2010 bei rund 6,60 Euro. 1,4 Millionen Beschäftigte bekamen sogar einen Stundenlohn, der unter fünf Euro lag.

900.000 Erwerbstätige sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Ihre Leiharbeit unterliegt keinen zeitlichen Beschränkungen. Sie haben keinen Kündigungsschutz. Für sie besteht in der Regel keine Perspektive, in ein dauerhaftes reguläres Beschäftigungsverhältnis zu gelangen. Die Bruttolöhne in der Leiharbeit sind viel geringer als in der Tarifarbeit. Leiharbeiter bekommen bis zu 50% weniger Lohn als die reguläre Belegschaft. Viele von Leiharbeitsfirmen beschäftigten Menschen kamen vorher aus der Erwerbslosigkeit und gleiten allzu oft auch wieder hinein, weil sie gekündigt werden, bevor Firmen sie regulär beschäftigen müssen.

In Hamburg waren im Mai 2013 130.000 Erwerbsfähige arbeitssuchend gemeldet, 71.130 gelten offiziell als arbeitslos. Bundesweit gibt es knapp drei Millionen Arbeitslose, nicht mitgezählt werden Menschen, die kein reguläres Beschäftigungsverhältnis haben, aber beispielsweise als Ein-Euro-Jobber arbeiten, in sogenannten Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen stecken, Praktika absolvieren oder vorruhestandsähnlichen Regelungen unterliegen.

Die Zahl der Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, ist seit Jahren konstant hoch (9,4 % der 15 bis 65 Jährigen 2011). Das Procedere bei der Antragsstellung wie bei den Beratungen ist oft genug entwürdigend. Bei der Vermittlung in Ein-Euro-Jobs und in Maßnahmen fühlen sich die meisten Hilfesuchenden eher schlecht behandelt, als in ein neues Arbeitsleben integriert. Die Zahl der Sanktionen hat ein neues Rekordhoch erreicht, die eher das Scheitern der Arbeitsagenturen verdeutlichen.

Armut im Alter ist kein Schlagwort mehr, sondern bittere Realität. 48,21 Prozent aller Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentner/-innen erhielten im letzten Jahr eine geringere Summe als ihnen im Schnitt als Grundsicherung im Alter einschließlich der Zuschüsse für Miete und Heizung zugestanden hätte, nämlich weniger als 700 Euro! Die Bundesagentur für Arbeit

registrierte 2012 bei den Menschen über 65 Lebensjahre rund 812.000 Minijobber! 128.000 waren von ihnen sogar älter als 74. Nicht auszumalen, was folgt, sobald die Rentenhöhe auf 43% des früheren Nettolohns abgesenkt wird, so wie es das Rentenanpassungsgesetz spätestens 2030 vorsieht.

Alle signifikanten Steigerungen erfolgten ab 2003 bzw. 2005, nämlich mit der Einführung der Agenda 2010 unter der sozialdemokratischen Kanzlerschaft Schröders bzw. infolge der nachfolgenden großen Koalition von CDU und SPD. Immer ganz vorn dabei: Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl 2012. Ein strikt neoliberaler Kurs, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, die beispiellosen Finanzspekulationen von Banken und anderen Kapitalgesellschaften, die eine der schwerwiegendsten Weltwirtschaftskrisen der Geschichte auslöste, die keineswegs als bewältigt gelten darf, und der Abbau von Arbeits- und Tarifrechten hat Großteile der Bevölkerung sozial an den Rand gedrängt und ausgegrenzt!

Auf der anderen Seite leben in Deutschland gut 800.000 Millionäre, von denen viel zu viele alles versuchen, um dem heimischen Fiskus zu umgehen. Unternehmen sind diesbezüglich kein Deut besser. IKEA und Starbucks sind nur zwei Beispiele für Konzerne, die ihre Gewinne weltweit im Geflecht unterschiedlicher Steuergesetze verstecken und hierzulande keine Körperschaftsteuer entrichten, weil sie angeblich keine Gewinne erzielen würden. Die Fleischindustrie in Nordrhein-Westfalen, so der jüngste Skandal, den der NDR aufdeckte, hält sich Menschen aus Rumänien und Polen quasi als Arbeitssklaven, die überaus schlecht behandelt und bezahlt werden, Profitmaximierung auf den Rücken notleidender Menschen! Dänische Schlachtbetriebe beschäftigen wiederum im Oldenburgischen Raum zu Niedriglöhnen, die größtenteils sogar weit unter den Tariflöhnen ihrer Heimatländer liegen.

DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der die Menschen an erster Stelle stehen und nicht das Profitstreben zulasten der Menschen. Der Reichtum muss gesellschaftlich gerecht verteilt werden und darf sich nicht in den Händen und auf den Konten weniger sammeln.

DESHALB:

- **müssen Löhne steigen, real und kräftig! Ein erster Schritt ist ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde.**
- **muss Hartz IV weg! Wir treten für eine sanktionsfreie Mindestsicherung ein. Bis zur Verwirklichung müssen die Regelsätze sofort deutlich erhöht werden und die Sanktionen abgeschafft werden.**
- **wollen wir eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro netto. Keine Rentnerin und kein Rentner soll in Armut leben müssen. Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden.**
- **müssen Löhne und Renten in Ost und West vollständig angeglichen werden.**
- **darf privater Reichtum nicht zu öffentlicher Armut führen. Hohe Einkommen und Vermögen müssen stärker besteuert werden.**
- **muss Wohnen bezahlbar sein. Wir fordern die Priorität für den sozialen Wohnungsbau.**
- **wollen wir eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen und mit der wir alle gleichermaßen gut versorgt werden. Die Beiträge sollen für alle außer für die Besserverdienenden sinken.**
- **dürfen die Kosten der Energiewende nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Die Versorgung der Menschen mit Strom und Wasser gehört in die Hände der Bevölkerung.**

IKEA-Veranstaltung am 14. Mai 2013

Am 14. Mai 2013 führte die Stadtteilgruppe Altona-Altstadt der LINKEN eine Diskussionsveranstaltung mit unserem Bezirksfraktionsvorsitzenden Robert Jarowoy und zwei Vertretern von IKEA durch, dabei auch der künftige Chef von IKEA Altona.

Die Veranstaltung war gut besucht, rund 30 AnwohnerInnen stellten kritische Fragen und machten ihre Wünsche bzw. Forderungen an die Betreiber des neuen City-Kaufhaus klar.

Es ist zwar erfreulich, dass IKEA sich den Fragen der Menschen im Stadtteil gestellt hat, die Antworten waren aber größtenteils unbefriedigend: Es gibt nach wie vor kein Verkehrskonzept, und die Konzernsprecher machten deutlich, dass es auch keins geben wird, solange die Politik nicht eines erzwingt. Außerdem erwarten sie nach eigener Einschätzung ein mehrwöchiges Verkehrschaos, bis die Kunden nicht mehr mit dem Auto, sondern mit der S-Bahn kommen; das sehen sie aber ziemlich gelassen bzw. ungerührt.

Eine Kooperation mit dem HVV – z.B. damit zu den Haupteinkaufszeiten mehr oder längere S-Bahnzüge eingesetzt werden – wird zumindest angestrebt.

Die Erwartung, dass der dann erhoffte Besucheransturm vom Bahnhof her keine Probleme verursachen wird – vor allem beim Wochenmarkt am Samstag Vormittag – beruht auf purem Hoffen bzw. Wunschdenken.

Auf Vorschläge aus dem Publikum, etwa Großmöbel nicht von Altona auszuliefern, sondern aus Schnelsen und Moor-



Ikea-Altona-Chef Mollerus im Gespräch mit einer Anwohnerin
Foto: Christiane Handke-Schuller

fleet, gingen die Vertreter von IKEA nicht ein.

Beiläufig verriet sie aber, dass in ihrem neuen Kaufhaus in Altona teilweise auch MitarbeiterInnen aus den anderen Filialen arbeiten sollen, die dort abgezogen werden.

DIE LINKE Altona wird den Bau des Kaufhauses also weiterhin kritisch verfolgen und sich bemühen, über die Bezirksversammlung und gemeinsam mit den AnwohnerInnen Auflagen für IKEA durchzusetzen, die die Belastungen für den Stadtteil in Grenzen halten.

Der Verlauf des Abends spricht dafür, im nächsten Jahr eine Folgeveranstaltung des Bezirksverbands DIE LINKE Altona in einem entsprechend größeren Rahmen stattfindet; dazu haben sich die Vertreter von IKEA auch schon grundsätzlich bereit erklärt.

Atomare Katastrophe im Hamburger Hafen noch gerade abgewendet

Am Abend des 1. Mai kam es auf der Elbe im Bereich der Hafencity zu einem Großbrand des Frachtschiffes „Atlantic Cartier“. Über 200 Feuerwehrleute kämpften mit Löschbooten 16 Stunden gegen das Feuer. Nachlöscharbeiten fanden noch am nächsten Tag im Laufe des Nachmittags statt.

Wie erst durch eine parlamentarische Anfrage herauskam, hatte der Frachter neben Autos, Munition, Raketentreibstoff und vielen brennbaren

Chemikalien auch Container mit radioaktivem Material geladen: 8,9 Tonnen Uran-Hexafluorid.

Noch am Mittag hatte die Abschlusskundgebung der DGB-Maidemonstration am Fischmarkt stattgefunden. Viele Menschen verweilten noch lange bei dem schönen Wetter im Hafen. Zurzeit und in unmittelbarer Nähe des Brandes fanden in der Hafencity die Auftaktveranstaltungen des evangelischen Kirchentages mit schätzungsweise 35.000 TeilnehmerInnen statt.

Uran-Hexafluorid, benutzt zur Anreicherung von Uran zum Einsatz in Atomkraftwerken, ist ein extrem leicht flüchtiger Stoff und er reagiert heftig mit Wasser bzw. Luftfeuchtigkeit. Dabei wird das hochgiftige und ätzende Fluor-Gas freigesetzt. Das enthaltene Uran ist ebenfalls giftig und radioaktiv. Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn die Menschen von einer entsprechenden Gaswolke getroffen worden wären. Das Gelände hätte bereits bei Ausbruch des Feuers abgesperrt und geräumt werden müssen. Nichts der-

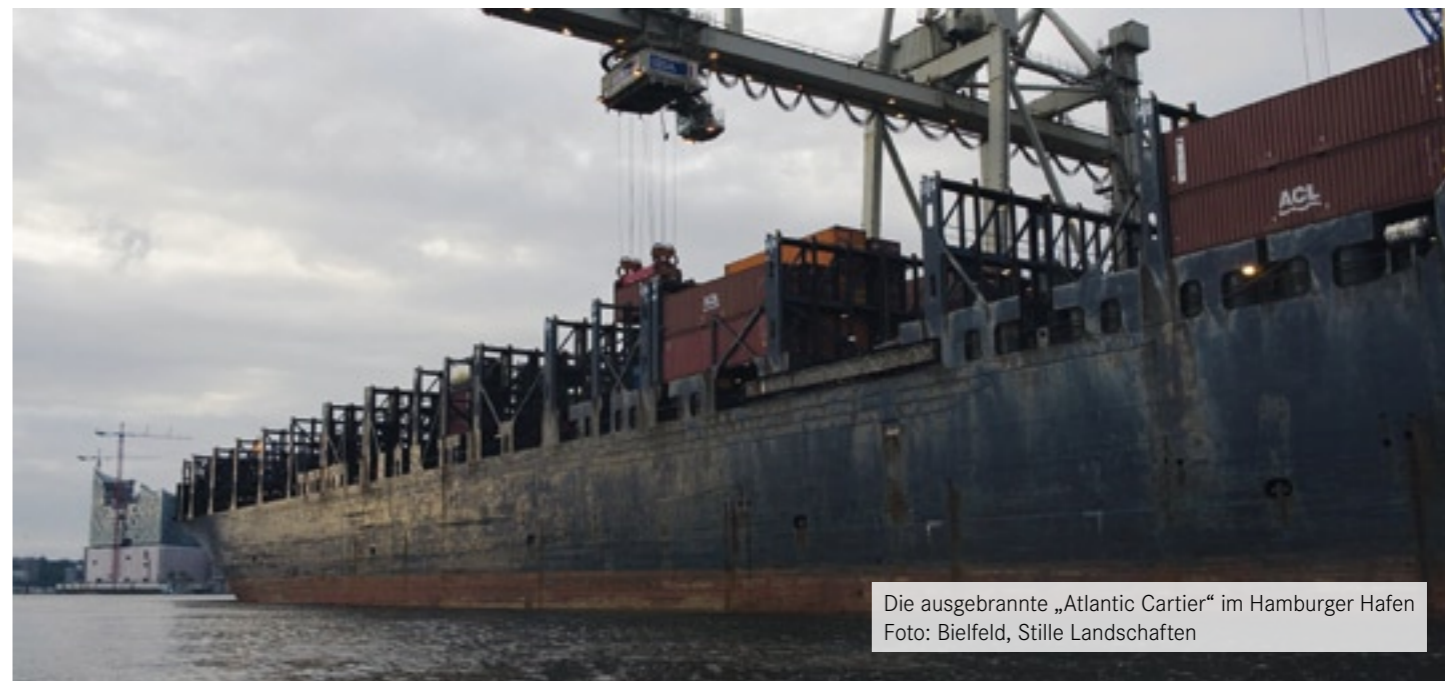
gleichen ist passiert! Dem gefährlichen und harten Einsatz der Feuerwehrleute ist zu verdanken, dass es nicht zur atomaren Katastrophe kam. Nach Aussagen des Hamburger Senates konnten die Gefahrgutcontainer noch rechtzeitig geborgen werden. Der Senat beteuert, dass keine Gefahrenstoffe ausgetreten seien.

Am 27. Mai wurden auf der „Atlantic Cartier“ zwei Elektriker trotz Schutzkleidung durch Verätzungen verletzt. Sie waren damit beschäftigt, Kabelreste zu

für die Interessen der Atomindustrie solchen Gefahren ausgesetzt werden. Hier sind AnwohnerInnen, im Hafen Arbeitende, Rettungskräfte und Hafen-BesucherInnen besonders betroffen, aber Radioaktivität macht nicht am Elbhang Halt, sondern breitet sich dann über die Stadtteile aus und kontaminiert Menschen und Umwelt. Deswegen fordern wir ein Transport- und Umschlagverbot von radioaktivem Material im Hamburger Hafen und im Hamburger Stadtgebiet. Die Hansestadt Hamburg hat hier eine Fürsorgepflicht gegenüber den

der radioaktiven Ladung und über den genauen Standort der Gefahrgüter. Hier ist lückenlose Aufklärung angesagt.

Eines der beiden Feuerlöschboote soll in diesem Sommer eingespart und durch Schlepper ersetzt werden. Wie risikoreich es ist, hier an der Sicherheit zu sparen, hat sich eben an diesem Großbrand gezeigt, selbst mit den zwei Feuerlöschbooten hat es 16 Stunden gedauert, um den Brand zu löschen und die glühende Bordwand zu kühlen. „An-



Die ausgebrannte „Atlantic Cartier“ im Hamburger Hafen
Foto: Bielfeld, Stille Landschaften

beseitigen. Es wird vermutet, dass die Verätzungen auf säurehaltige Brandrückstände zurückzuführen sind.

Es wird klar, dass die Gefahr von Atomkatastrophen nicht nur in unmittelbarer Nähe von Atomkraftwerken und Zwischenlagern besteht, sondern auch überall dort, wo radioaktives Material transportiert wird. Auf dem Wasser, auf den Straßen und auf der Schiene. Es ist unverantwortlich, dass Menschenleben

Menschen. Schon im Mai 2011 hatte DIE LINKE einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Nichts hat sich bisher geändert. Bremen dagegen hat seine Häfen bereits für Atomtransporte gesperrt.

Inzwischen ist herausgekommen, dass bereits vor dem Brand Sicherheitsmängel auf der „Atlantic Cartier“ bekannt waren, auch fehlten in den Frachtpapieren Angaben über Stärke

ders als der Senat behauptet, sind sie (die Feuerlöschboote, Anmerk. d. Verf.) im Katastrophenfall durch den Einsatz von Schleppern nicht annähernd zu ersetzen. Das kommt einer Privatisierung gleich, die im schlimmsten Fall Leib und Leben von vielen Menschen gefährdet.“ so Christiane Schneider (innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft).

Marlit Klaus

DESWEGEN FORDERN WIR:

- **Umschlag- und Transportverbot von radioaktivem Material im Hamburger Hafen**
- **Lückenlose Aufklärung der Umstände des Brandes und der Sicherheitsmängel auf der „Atlantic Cartier“**
- **Ausreichende Ausrüstung der Rettungskräfte für den Unglücks- und Katastrophenfall**

Plutonium-Transporte per LKW durch Hamburg

Nach dem Schrecken der beinahe erfolgten atomaren Katastrophe durch den Brand der Atlantic Cartier mit uranhaltiger Ladung wurde bekannt, dass Ende Mai zwei LKWs mit plutoniumhaltigen Mox-Brennelementen aus dem belgischen Dessel kommend quer durch Hamburg (wahrscheinlich durch den Elbtunnel und durch Altona) ins AKW Brokdorf fuhren. Route und Zeitpunkt würden laut E.on aus Sicherheitsgründen der Geheimhaltung unterliegen.

Die Hamburger Umwelt-Behörde gibt an, 48 Stunden vorher informiert zu werden, wann die Transporte stattfinden. „Im Notfall würden sofort Hilfsmaßnahmen anlaufen“ so laut Mopo vom 21.5.13 der Sprecher der Umweltbehörde Volker Dumann. Das ist ein schlechter Witz und kann nur als zynisch bezeichnet werden! Wie will man bei einem Unfall in einer Millionenstadt sofort evakuieren? Außerdem würde das Plutonium nicht warten bis die Evakuierungsmaßnahmen abgeschlossen sind. Wenn nur eine geringe Dosis des hochgiftigen Plutoniums in den Körper gelangt, hat dies tödliche Folgen.

Laut der Anti-AKW-Organisation „ausgestrahlt“ enthielt der Transport 200 kg Plutonium – genug, um 25 Atombomben zu bauen von der Stärke derer, die von den USA 1945 auf die japanische Stadt Nagasaki abgeworfen wurden. Damals starben sofort 92.000 Menschen, weitere 130.000 bis Jahresende und viele weitere Tausende an den Spätfolgen.

Die Mox-Behälter sind zwar gegen Strahlungen gepanzert, aber wenn bei einem Unfall die Behälter beschädigt würden (z.B. durch einen Aufprall Spannungen im Material und Risse entstanden), könnte das Plutonium nach außen dringen und Umwelt und Menschen verstrahlen. Die Organisation „ausgestrahlt“ fordert die AKW- Betreiber E.on und Vattenfall auf, die riskanten Mox-Brennelemente nicht zu verwenden. Brokdorf könne auch ohne sie betrieben werden – deutlich sicherer.

Das AKW-Brokdorf soll noch bis 2021 Atomstrom liefern. Weitere Transporte mit einer strahlenden Fracht durch Hamburg sind geplant. Warum nicht der Seeweg gewählt wird, anstatt das Gefahrgut durch eine dichtbesiedelte Stadt zu fahren, bleibt ein nicht gelöstes Rätsel. Rund 180 Transporte mit spaltbarem Material für Kernkraftwerke werden jährlich durch unsere Stadt geführt. Viele Menschen wissen nicht, welcher Gefahr die Bevölkerung unserer Stadt von E.on und Vattenfall mit Unterstützung des SPD-Senats ausgesetzt wird.

In einer aktuellen Stunde forderte die Bezirksfraktion der Altonaer Linken ein Transportverbot für radioaktives Material im Bezirk Altona und erinnerte daran, dass schon die Mehrheit der Bezirksversammlung am 7. April 1983 Altona zur atomwaffenfreien Zone erklärte.

Seit dem beschlossenen „Atomausstieg“ nach der Katastrophe in Fukushima wiegen sich viele Menschen in Sicherheit. Es fühlt sich schon so ausgestiegen an. Aber machen wir uns klar, dass noch neun Atomkraftwerke in Betrieb sind. Das letzte AKW soll ohnehin erst 2022 vom Netz genommen werden. Wir sind also von einem vollständigen Ausstieg weit entfernt. Alle damit verbundenen Gefahren bleiben. Laut „ausgestrahlt“ ist Deutschland heute noch in der EU der zweitgrößte Produzent von Atomstrom. Da die Stromkonzerne gerade am Atomstrom hohe Milliardengewinne einfahren, sind sie an einer wirklichen Energiewende nicht interessiert. Solange es noch Atomanlagen gibt, solange wird es auch noch hochgefährliche Transporte mit radioaktivem Material geben.

Marlit Klaus

DESWEGEN FORDERN WIR:

- **keine Transporte von radioaktivem Material in Altona und anderswo**
- **die sofortige Abschaltung und Stilllegung des AKWs Brokdorf**
- **einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie**
- **eine dezentrale, rekommunalisierte Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen**
- **die Bevölkerung darf von Vattenfall und E.on nicht mehr diesen ständigen Gefahren ausgesetzt werden!**
- **das Ja zum Volksentscheid am 22. September: Hamburger Energienetze zurück in die „Öffentliche Hand“**

Ausgedroht!!

(oder: Volle Drohnung) (oder: De Maizieres dreifache Drohnung)

Der Euro Hawk ist gescheitert – gut so! Auch wenn man die vielen hundert Millionen Euro, die verloren sind, von vornherein hätte einsparen können.

Aber aufatmen können wir noch lange nicht, denn de Maizièrè hält weiter an der Beschaffung von Spionagedrohnen fest. Und er will die Bundeswehr auch mit Kampfdrohnen ausstatten. Das gilt es zu verhindern.

Es freut mich deshalb ganz besonders, dass wir auf dem Parteitag in Dresden dazu einen klaren Beschluss gefasst haben: mit der LINKEN wird es keinen Einstieg in den Drohnenkrieg geben. In unserem Beschluß fordern wir den vollständigen Verzicht auf Entwicklung, Beschaffung und Nutzung von Spionage- und Kampfdrohnen und natürlich auch den Handel damit. Wir wollen ein Verbot und die internationale Ächtung von Kampfdrohnen durchsetzen.

In den letzten Wochen hat die Debatte über das gescheiterte Euro-Hawk Projekt die Medien bestimmt. Bei all der Aufregung und dem berechtigten Protest gegen die Versenkung von Steuermillionen darf man aber nicht vergessen, dass aktuell drei Drohnen-Debatten laufen, die untrennbar miteinander verknüpft sind: Das Euro Hawk-Debakel, die geplante Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr, und die jüngsten Enthüllungen, dass die US-Streitkräfte von deutschem Boden aus gezielte Tötungen in Afrika dirigieren.

Die Aufklärungsdrohne Euro Hawk war ein Prestigeobjekt, von der rot-grünen Regierung beschlossen, von der Großen Koalition vertraglich vereinbart und von schwarz-gelb solange vorangetrieben, bis das Scheitern nicht mehr zu vertuschen war. Mehrere Monate und über hundert Millionen Euro hat de Maizièrè das Projekt weiterlaufen lassen, nur um es dem Rüstungskonzern EADS zu ermöglichen, die für den Euro Hawk vorgesehene Aufklärungstechnologie ISIS zu Ende entwickeln zu können. Allein dafür müsste er längst seinen Hut genommen haben.

Aber mit Unterstützung Merkels hält er nicht nur an den Überwachungsdrohnen fest, er will die Bundeswehr künftig auch mit bewaffneten, also Kampfdrohnen, ausrüsten. Mit der Beschaffung von Kampfdrohnen soll eine neue Form der

Kriegsführung in Deutschland eingeführt werden, die unweigerlich zu einer Ausweitung von Krieg und zu einer enthemmten Anwendung von Gewalt führt. Denn wer Maschinen für sich kämpfen lässt, entscheidet sich schneller zum Angriff, entscheidet sich schneller, andere Menschen zu töten, eben weil dies aus sicherer Entfernung geschieht.

Die USA machen es seit Jahren vor. Seit sie Kampfdrohnen einsetzen, wurden allein in Pakistan, Somalia und Jemen mindestens 3000 Menschen mit diesen Drohnen getötet. Ohne Anklage, ohne Gerichtsverfahren, ohne Urteil. Diese gezielten Tötungen sind nichts anderes als Mord, sie verstoßen gegen das Völkerrecht und sind durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen.

Und diese gezielten Tötungen gehen offenbar sogar von deutschem Staatsgebiet aus. Die Militäroperationen der USA in Afrika

werden beim United States African Command (AFRICOM) in Stuttgart und Ramstein vorbereitet. Bei AFRICOM werden Lagebilder ausgewertet und Ziele festgelegt. Über Ramstein werden die Drohnen zum Anschlagziel dirigiert. Die Bundesregierung macht sich strafbar, wenn sie diese gezielten Tötungen von deutschem Boden nicht stoppt, sondern direkt oder indirekt unterstützt. Denn nach dem Grundgesetz sind „Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören“, verfassungswidrig.

DIE LINKE wird es nicht zulassen, dass Deutschland in diesen grenzenlosen völkerrechtswidrigen Krieg nach dem Vorbild der USA einsteigt. Wir wollen die Pläne zur Beschaffung von Kampfdrohnen und den Drohnenkrieg der USA von deutschem Boden aus stoppen. Kein Euro für Entwicklung, Beschaffung und Nutzung von Spionage- und Kampfdrohnen. Ich werde sehr wahrscheinlich ab Juli in dem Untersuchungsausschuss zu de Maizièrès Drohnen-Desaster mitarbeiten. Das wird – mitten im Wahlkampf – viel Arbeit, aber Arbeit, die sich lohnt. Denn ohne die LINKE würde es im Bundestag gar keine Stimme gegen alle Facetten des Drohnenkrieges geben.

Jan van Aken



Zur Unterbringung von Flüchtlingen in Altona

Altona ist im Gegensatz zu Hamburg immer eine weltoffene Stadt gewesen, die Flüchtlinge gerne aufgenommen und unterstützt hat. Die meisten dieser Flüchtlinge und aus anderen Gründen Zugewanderten haben sich in Altona sehr schnell eingelebt und sich schon bald als Altonaer verstanden.

migrantischem Hintergrund bereits verdrängt hat, und nicht nur diese, sondern alle von Hartz-IV Betroffenen, hat selbst die über Altona-Ottensen hereingebrochene Schwemme von bestverdienenden Geländewagen-BesitzerInnen mit 140-qm-Eigentumswohnungen nichts an dem Charakter des Quartiers geändert. Die Schickeria trinkt ihren Latte

Hauptausschuss der Altonaer Bezirksversammlung und fragte an, ob die BV auf dem Durchreiseplatz der Rom- und Cinti-Union einer bis zum 31. März befristeten Unterbringung in Containern und Zelten zustimmen könne. Dies wurde auch von Der Linken mitbeschlossen, nachdem klargestellt war, dass die Rom- und Cinti-Union in diesem Zeit-



Demonstration „Fluten 3.0“ am Hamburger Flughafen Foto: Karin Desmarowitz

Viele kurdische und türkische Flüchtlinge, die nach dem Militärputsch 1980 in der Türkei nach Altona kamen, aber auch sogenannte Gastarbeiter, die damals angeworben wurden, sagen heute, unsere Heimat ist nicht mehr die Türkei, aber auch nicht Deutschland. Das, was sie eint, ist ihr Bezug auf Altona, der zwar nicht mehr selbständigen Stadt, in der aber die tolerante, weltoffene Tradition aufrecht erhalten wird. Bei allen Problemen mit der Gentrifizierung, die ein Großteil der BewohnerInnen mit

oder Prosecco überwiegend in Cafés oder Restaurants mit Wirten migrantischen Hintergrunds. Das ist zwar kein Zeichen aufkommenden Internationalismus, aber immerhin ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus.

Nun aber zur Unterbringung von Flüchtlingen an der Schnackenburgallee auf dem sogenannten Parkplatz Braun des HSV. Im November 2012 kam der Innensenator Neumann in den

raum keinen Nutzungsbedarf hatte und sich im Einvernehmen mit der Innenbehörde um die Betreuung der Flüchtlinge, die zum großen Teil Roma waren und aus Bulgarien und Rumänien stammten, kümmern würde.

Im Januar 2013 rief dann der damalige Altonaer Bezirksamtsleiter die Fraktionsvorsitzenden der fünf parlamentarisch vertretenen Parteien an und sagte, dass es gar nicht so viele Flüchtlinge wie erwartet gegeben habe, dass aber das

Winterhilfe-Notprogramm für Obdachlose in der Spaldingstraße überfordert sei und man die Container in Altona bereitstellen wolle. Dem hat Die Linke wegen der akuten Notsituation zugestimmt.

Kurz darauf stellte sich heraus, dass das Container- und Zeltendorf vorrangig weder für die Erstunterbringung von Asylbewerbern noch für Obdachlose, sondern für die Unterbringung von nicht nach 3 Monaten abgeschobenen Flüchtlingen mit ihren Familien genutzt wurde.

Dies löste eine relativ einmütige Protestwelle in der Altonaer Bezirksversammlung aus. Die Folge war, dass der Sozialsenator Scheele, der für diese Folgeunterbringung zuständig ist (nach der dreimonatigen Erstunterbringung, die in das Ressort des Innensensors fällt), im Hauptausschuss der Bezirksversammlung auftrat und dafür warb, dass man doch nicht so pingelig sein möge.

Die von uns und anderen vorgetragenen Argumente, dass es unzumutbar

sei, Flüchtlingsfamilien dauerhaft, also über die Erstaufnahme hinaus, 40 Meter von der Autobahn entfernt in der unmittelbaren Nähe der Müllverbrennung auf einem Parkplatzgelände des HSV unterzubringen, wurden von der Chefin des Einwohnermeldeamtes mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass dieses das einzige Grundstück sei, auf das niemand sonst Ansprüche entwickeln würde, überall sonst würde man Ärger mit den Anwohnern bekommen, die keine Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nähe haben wollten.

Nun mag das stimmen, gleichwohl wir es in Altona nicht glauben, aber auf jeden Fall fordern wir, dass Flüchtlingen, die ja nicht aus Spaß, sondern aus Verzweiflung zu uns gekommen sind, eine menschenwürdige Unterkunft geboten wird, nach Möglichkeit in festen Gebäuden, die, sofern sie zu spekulativen Zwecken jahrelang leerstehen, beschlagnahmt werden müssen. Konkrete Beispiele sind ein Grindel-Hochhaus oder ein ehemaliges Schwesternwohnheim in Rissen mit jeweils ca.

300 Wohneinheiten mit vollständiger infrastruktureller Erschließung was Gas, Wasser, Strom usw. anlangt.

Dem Ausbau des Container-Dorfes auf dem Parkplatz Braun an der Schnackenburgallee haben wir nicht zugestimmt, auch wenn letztlich wohl auf unseren Druck hin die Zahl der Unterzubringenden auf 300 und nur für die Erstaufnahme beschränkt wurde.

Der eigentliche Skandal aber ist der, dass die vorrangig von Deutschland betriebene Verarmungsstrategie der Menschen in Süd- und Osteuropa sowie die militärische Interventionspolitik in Nordafrika und im Mittleren Osten die Menschen zur Flucht oder Migration treibt, dass ihnen dann zwar ultrahumanitär etwas zwischen Autobahn und Müllverbrennung angeboten wird, was dem Unterbringungsstandard unserer Krieger in Afghanistan entsprechen mag, dass sie dann aber kurz darauf wieder abgeschoben werden, weil sie ja nur Wirtschaftsflüchtlinge seien.

Robert Jarowoy

Wir sagen als DIE LINKE, dass wir zu allen Menschen stehen, die sich hier in Altona angesiedelt haben oder ansiedeln wollen.

Unser Leitmotiv ist: ALTONA FÜR ALLE, SOZIAL UND GERECHT!

Kein Verkauf von Schulgeländen und öffentlichen Grünflächen!

Hinter dem Rücken der betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer hat die Schulbehörde beschlossen, zwei Schulen in Altona zu schließen und die Areale zugunsten von Wohnungsbau zu verkaufen. Zum einen die Carsten-Rehder-Schule am Fischmarkt, zum anderen die Kurt-Tucholsky-Schule in Altona Nord. Besonders bei letzterer sind die im Geheimen erfolgten Beschlüsse schon so weit realisiert, dass man ein externes Büro damit beauftragt hat, eine Bürgerbeteiligung für die Neuplanung des Quartiers in die Wege zu leiten. Hierfür sollen in besonderem Maße Kinder und Jugendliche befragt und in den Beteiligungsprozess eingebunden werden, allerdings nicht in die Frage des bereits feststehenden Abrisses ihrer Schule.

Der Komplex, der neben der Stadtteilschule auch ein Wirtschaftsgymnasium und eine Berufsschule beherbergt, ist erst 30-40 Jahre alt und bietet neben allerlei Grünanlagen den Jugendlichen auch in den Ferien Sport- und Freizeitmöglichkeiten und ist der einzige derartige Treffpunkt mit unentgeltlicher Aufenthaltsmöglichkeit im Quartier. Die bauliche Kompensation erfolgt durch das Aufstellen von Unterrichts-Containern in den öffentlichen Grünanlagen rund um das Gymnasium Allee sowie das Gymnasium Altona.

SPD-Kürzungsaxt schlägt beim Bürgerservice zu! Schließung des Kundenzentrums Blankenese nicht ausgeschlossen

Einmal mehr zeigt sich die fatale Wirkung der Schuldenbremse vor Ort. Die Kundenzentren sind in den Focus der Kürzungspolitik des SPD-Senats geraten. 2011 haben die sieben Bezirksamtsleiter ein gemeinsames Projekt zur Optimierung der Kundenzentren - abgekürzt „OptiKuZ“ - eingesetzt, um Ende 2013 ein neues Standortkonzept für den Bürgerservice vorzulegen. Konkret geht es darum, den Kahlschlag beim Bürgerservice vorzubereiten: Jedes zweite Kundenzentrum soll schließen, meldete das Hamburger Abendblatt (Ausgabe vom 27.4.2013). Von stadtwelt derzeit zwanzig



Protest-Aktion vor dem Kundenzentrum Blankenese Foto: anDReg

Kundenzentren bleiben dann zehn Kundenzentren übrig. Bereits Mitte April war im Projekt „OptiKuZ“ entschieden worden, dass ab 2014 bis 2017 landesweit rund 30 Stellen dem Rotstift zum Opfer fallen sollen. Jährlich werden 1,5 Mio Euro weggekürzt.

Schlechte Nachrichten für den Einwohnerservice in den Stadtteilen:

Im Juni 2012 war das Kundenzentrum Stellingen dichtgemacht worden.

Anfang Mai 2013 kündigte der Bezirk Wandsbek die Schließung des Kundenzentrums Walddörfer zum Jahresende an. Allein dem aktiven Bürgerwiderstand vor Ort ist es zu verdanken, dass der Wandsbeker Bezirksamtsleiter Mitte Juni gezwungen war, den Bestand des Kundenzentrums Walddörfer bis 2018 zu garantieren. Allerdings drohen jetzt eingeschränkte Öffnungszeiten.

Mitte Mai 2013 berichtete die Presse über Pläne, die Kundenzentren Hamburg-Nord (Lenhartzstraße 28) und Eimsbüttel (Grindelberg 66) zusammenzulegen.

Schließlich plant der Bezirk Hamburg Nord, das Kundenzentrum Fuhlsbüttel 2016 aufzugeben. Völlig offen ist derzeit,

ob als Ersatz ein neues Kundenzentrum in Langenhorn geschaffen wird.

Seit Mitte Mai 2013 steht fest, dass die Zukunft des Kundenzentrums Blankenese gefährdet ist.

Und wie sieht die Zukunft des Bürgerservices bei uns in Altona aus?

Bereits vor zwei Jahren war eine Schließung des Kundenzentrums Blankenese in der Diskussion. DIE LINKE Stadtteilgruppe Elbvororte hat sich sofort mit einer öffentlichen Aktion für das Kundenzentrum Blankenese eingesetzt. Auf Antrag der Altonaer LINKSFRAKTION hatte die Bezirksversammlung daraufhin im Oktober 2011 einstimmig beschlossen, das Kundenzentrum zu erhalten. Als sich im Mai 2013 die Berichte über Schließung von Kundenzentren häuften, hat die Altonaer LINKSFRAKTION schnell gehandelt. In der Sitzung des Hauptausschusses am 16. Mai hat DIE LINKE den seinerzeit kommissarischen Bezirksamtsleiter Kersten Albers aufgefordert, über die Zukunft der Kundenzentren im Bezirk Altona zu berichten. Albers bestätigte, dass die Schließung des Kundenzentrums Blankenese ein denkbarer Ansatz sei, der sich anbietet, um die Vorgaben des Senats zur Kostenreduzierung zu erfüllen. Eine Schließung des Kundenzentrums Blankenese könne derzeit nicht ausgeschlossen werden, so Albers weiter.

Die Altonaer LINKSFRAKTION erwartet von der neuen Bezirksamtsleiterin Frau Dr. Melzer, dass sie Altonas Interessen gegenüber dem Senat konsequent vertritt und sich beim Senat aktiv für den Erhalt des Kundenzentrums Blankenese einsetzt.

Vor allem alte Menschen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Alleinerziehende sind auf wohnortnahe öffentliche Serviceangebote angewiesen. Die Hamburger SPD stellt sich mit dem Kahlschlag beim Bürgerservice in die Kontinuität früherer CDU-Senate: 2005 war in einer Schließungswelle von bürgernahen Servicebüros die Ortsdienststelle in Lurup geschlossen worden. Damals hatte die SPD dagegen protestiert. Daran will sich die Scholz-SPD heute nicht mehr erinnern. Bereits von der SPD zu verantworten ist die Schließung des mobilen Bürgerservices in Lurup Ende September 2011. Die Altonaer LINKSFRAKTION fordert, dass Lurup als einwohnerstärkster Stadtteil Altonas schnellstens wieder ein Bürgerservicebüro erhält. Die Altonaer LINKSFRAKTION setzt sich weiter für den Erhalt des Kundenzentrums Blankenese ein. Mehr Infos: www.karstenstrasser.de

Karsten Strasser

SPD-Senat gefährdet Funktionsfähigkeit des Schulärztlichen Dienstes

Am 30. Mai 2013 hatte die Bezirksversammlung auf Initiative der Altonaer LINKSFRAKTION beschlossen, die Finanzbehörde dazu aufzufordern, beim Schulärztlichen

Dienst von personellen Kürzungsmaßnahmen abzusehen. Die Finanzbehörde wurde ferner gebeten, die notwendigen Gelder bereitzustellen, damit das Bezirksamt beim Schulärztlichen Dienst vakante Stellen unverzüglich nachbesetzen kann. Jetzt teilte die Finanzbehörde mit, sie werde diesen Empfehlungen der Bezirksversammlung nicht folgen. Die Behörde verwies darauf, dass Altona mit den bereits zugewiesenen Haushaltsmitteln zurechtkommen müsse. Die von Senator Dr. Peter Tschentscher (SPD) angeführte Finanzbehörde verkennt damit, welche hohe Bedeutung der Schulärztliche Dienst für das Kindeswohl hat. Dies wirkt sich gerade auf sozial benachteiligte Stadtteile gravierend aus. Der Schulärztliche Dienst, der dem Fachamt Gesundheit des Bezirksamtes Altona zugeordnet ist, wäre durch Streichung und zeitlich verzögerte Neubesetzung von Stellen in seiner Funktionsfähigkeit erheblich gefährdet. Aktuell sind zwar keine Stellenstreichungen beim Schulärztlichen Dienst geplant, aber die Bewirtschaftung von Stellen führt dazu, dass etwa aufgrund von Schwangerschaft oder Krankheit vakante Stellen nicht nachbesetzt werden können. Dies würde eine ordnungsgemäße Durchführung von schulärztlichen Ein-

gangsuntersuchungen bei allen schulpflichtigen Kindern, die als gesetzliche Pflichtaufgabe (§ 34 Hamburgisches Schulgesetz) verbindlich festgelegt ist, erheblich gefährden. Bereits im Schul-

versammlung beschlossen werden konnte, ist er mehrfach zwischen dem zuständigen Fachausschuss und der Bezirksversammlung hin- und her verwiesen worden. Am Ende ist der Antrag



Statue im Gesundheitsamt Altona Foto: Karsten Strasser

im Ausschuss und in der Bezirksversammlung nur mit Stimmen von LINKEN und CDU bei Enthaltung der Mehrheitsfraktionen SPD und GRÜNE sowie Gegenstimmen der FDP beschlossen worden. SPD und GRÜNE konnten sich nicht auf einen eigenen Antrag einigen. Dieses Verhalten zeigt nochmals, dass Altonas SPD-GRÜNEN Bündnis sich offenbar nicht in der Lage sieht, dem eigenen Koalitionsvertrag gerecht zu werden. Dort heißt es zum Schulärztlichen Dienst (vgl. Koalitionsvertrag, S. 27): „Die Vertragspartner treten für den Erhalt des schulärztlichen und insbesondere des schulzahnärztlichen Dienstes in Altona ein. Insbesondere für Kinder aus einem sozial schwächeren Umfeld bleiben amtliche Gesundheitsun-

SPD-GRÜNEN Koalition in Altona enthielt sich

Auch Altonas SPD-GRÜNEN Koalition hatte sich nicht wirklich für den Schulärztlichen Dienst eingesetzt. Bevor der Antrag der Altonaer LINKSFRAKTION, den Schulärztlichen Dienst von personellen Kürzungsmaßnahmen auszunehmen, endlich in der Bezirks-

tersuchungen nach Auffassung beider Parteien dringend geboten. Koalitionsvertrag.“ Letztlich haben SPD und GRÜNE einmal mehr ihren Koalitionszweist auf dem Rücken einer für Altona sehr wichtigen sozialen Einrichtung ausgetragen. DIE GRÜNEN haben damit nochmals gezeigt, dass es ihnen im Bündnis mit der örtlichen SPD nicht gelingt, Altonaer Interessen gegen den radikalen Kürzungskurs des SPDSenats durchzusetzen. Mehr Infos: www.karstenstrasser.de

Karsten Strasser

Das „Jahrhunderthochwasser“ ist keine Naturkatastrophe!

Nur elf Jahre nach der letzten Hochwasserkatastrophe traten Donau, Elbe und zahlreiche weitere Flüsse in einem Ausmaß über ihre Ufer, das manche Orte noch nie erlebt haben. Das Ausmaß der Zerstörungen etwa in Passau, Deggendorf, Halle und weiten Landstrichen Sachsen-Anhalts wird erst nach und nach klar.

Prof. Dr. Mojib Latif vom Helmholtz Centre for Ocean Research Kiel stellte dazu unlängst fest: Die Stärke und Häufigkeit von extremen Wetterereignissen wie Starkregen hat im letzten Jahrzehnt messbar zugenommen. Ursache dieser verhängnisvollen Entwicklung ist der sich beschleunigende Klimawandel.

In diesen Tagen geht es natürlich um die unmittelbaren Hilfen für die Menschen, deren Wohnungen oder berufliche Lebensgrundlagen zerstört worden sind. Bevor die mediale Aufmerksamkeit aber zum nächsten Thema

wandert, muss eine breite Diskussion über die Ursachen der Katastrophe beginnen, die in der herrschenden Politik zu suchen sind.

Da ist zunächst auf die Versäumnisse nach dem Hochwasser 2002 hinzuweisen. Natur braucht mehr Raum, um dem Hochwasser langfristig entgegenzuwirken. Auen und Moore müssen als Wasserrückhalteflächen erhalten bleiben. Vielerorts muss der Raum, in dem sich Hochwässer gefahrlos auffangen lassen, erst wieder hergestellt werden. Darüber ist 2002 viel geredet worden, getan wurde – wie wir heute sehen – viel zu wenig. Acht Milliarden sollen für die Hochwasseropfer zur Verfügung gestellt werden und ein ernsthafter Hochwasserschutz

wird ebenfalls mehr Geld kosten als bisher eingeplant war. Woher nehmen? Es gibt eine einfache Lösung: Einige Fregatten, Korvetten, Eurofighter, A400-Transportflugzeuge usw. für die Bundeswehr weniger (besser noch: gar keine) und schon stehen viele Milliarden für den wirklichen Schutz der BürgerInnen zur Verfügung.

Zunehmend dramatisch ist die Klimaentwicklung, welche die Stärke und Häufigkeit von Starkregen, Dürrephasen, Hitzeperioden, heftigen Stürmen usw.



Elbe bei Wittenberge Foto: Karin Desmarowitz

deutlich zunehmen lässt. Die etablierten Parteien, allen voran die Regierungskoalition, werden auch weiterhin behaupten, Deutschland sei Klimaschutzweltmeister, nur die anderen – vor allem die bösen Chinesen – zögen nicht mit. In den wichtigsten Bereichen geht die Entwicklung in Deutschland allerdings in die falsche Richtung. Das gilt besonders in der Energiepolitik. Die „Energiewende“ ist in aller Munde, aber es werden neue Steinkohle- und sogar Braunkohlekraftwerke in Betrieb genommen. Die Verstromung von Kohle ist aber eine der Hauptursachen für die globale Erwärmung. Die Folgen einer Erwärmung des globalen Klimas um zwei Grad wird von WissenschaftlerInnen für gerade noch beherrschbar gehalten – die Prognosen

für die Klimawicklung bis Ende dieses Jahrhunderts (ein Menschenleben) sehen eine Erwärmung um vier bis sechs Grad, wenn es nicht zu einer raschen grundlegenden Umkehr kommt. An der Politik, die unverdrossen auf Kohleverbrennung setzt, verdienen vor allem die großen Energiekonzerne: In Hamburg Vattenfall und E.on. Vattenfall produziert seinen Strom ganz überwiegend aus Braunkohle (und will auch an Atomkraftwerken festhalten). Statt neuer Kohlekraftwerke ist ein Kohleausstiegsgesetz erforderlich, das die Stilllegung aller Kohlekraftwerke bis spätestens 2040 regelt.

Die aktuelle Hochwasserkatastrophe sollte den Senat und die SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft endlich zur Vernunft kommen lassen. Der Senat muss seine Kumpanei mit Vattenfall und E.on beenden. Die Energieversorgung, ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Daseinsfürsorge, muss den Energiekonzernen entzogen

werden. Als erster Schritt müssen in Hamburg die komplette Fernwärmeversorgung und die Strom- und Gasnetze wieder in die Öffentliche Hand übernommen werden, wie es die Volksinitiative Unser Hamburg – Unser Netz (www.unser-netz-hamburg.de) seit drei Jahren fordert. Sollte der Senat sich nicht auf dem Hintergrund auch der Hochwasserkatastrophe besinnen, sind alle Hamburgerinnen und Hamburger aufgerufen, die Entscheidung selbst in die Hand zu nehmen und beim Volksentscheid am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, für eine 100%ige Übernahme der Energienetze in die Hand der Stadt zu stimmen.

Gilbert Siegler

HSH NORDBANK – DAS UNGEHEUER

Linke lehnt Aufstockung der staatlichen Garantien ab

Die HSH Nordbank ist weiterhin stark angeschlagen. In diesem Jahr wurde ihr eine Ausweitung der staatlichen Garantien von aktuell 7 Mrd. Euro auf 10 Mrd. Euro von den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein genehmigt, um die Eigenkapitalquote der Bank auf dem Mindeststandard der internationalen Anforderungen zu halten. Diese Bank hat Hamburg laut Rechnungshofberechnung bis heute schon 3,25 Mrd. Euro gekostet und die jetzige Erhöhung der Garantien bedroht die Stadt in ihrer Substanz.

Anders ausgedrückt: zehn Mrd. Euro – von denen Hamburg im schlechtesten Fall mindestens fünf Mrd. tragen müsste, wenn nicht sogar mehr, da Schleswig-Holstein als Bundesland schwerer angeschlagen ist. Dies entspricht mindestens fünf Elbphilharmonien nach der Kostenexplosion oder fast der Hälfte eines Gesamtjahreshaushaltes der Stadt: Das würde den Staatsbankrott Hamburgs bedeuten.

Die Linke hat von daher in der Auseinandersetzung um die Erhöhung der Garantie eine unabhängige Prüfung der Bank gefordert. Nur so wäre eine Entscheidung der Bürgerschaft unabhängig von den Aussagen des Bankvorstandes möglich gewesen. Gegenwärtig sind selbst die unter großer Geheimhaltung einsehbar Gutachten lediglich von den Auskünften und Zahlen des Vorstandes der Bank gefüttert gewesen. Es ist ein Armutszeugnis des SPD-Senats und der SPD-Bürgerschaftsfraktion, diese unabhängige Prüfung nicht zu leisten. So steht das Interesse der Bank im Vordergrund und nicht das Interesse der Stadt!

Der Sanierungsfall

Die HSH Nordbank ist 2003 aus dem Zusammenschluss der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein hervorgegangen. Seit 2006 versuchten die Eigentümer der HSH, das Eigenkapital der Bank im Zuge eines Börsengangs zu stärken. Der Börsengang war zudem gedacht

als deutliche Abtrennung vom bisherigen Geschäftsfeld einer Landesbank. Wegen der wachsenden Probleme auf den



Geschäftsstelle der HSH Nordbank Foto: Karin Desmarowitz

Finanzmärkten wurde der Börsengang seit 2007 beständig verschoben. Im November 2007 räumte die HSH Nordbank deutliche Belastungen aus der US-Immobilienkrise ein. Sie schreibt 91 Mio. Euro im Wertpapiergeschäft ab und stockt die Risikovorsorge auf 319 Mio. Euro auf.

Mit Ausbruch der Immobilien- und Bankenkrise wird das Desaster der Umwandlungspolitik offenkundig. Anfang 2009 weist die Bank für das Jahr 2008 einen Jahresverlust von 2,8 Mrd. Euro aus. Die Belastungen aus der Finanzmarktkrise summieren sich für 2007 und 2008 auf rund 3,8 Mrd. Euro. Zum Überleben benötigt die Bank eine Eigenkapitalspritze von 3 Mrd. Euro sowie Schutzgarantien von 10 Mrd. Euro von Hamburg und Schleswig-Holstein. Außerdem nimmt sie eine Garantie des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in Höhe 30 Mrd. Euro in Anspruch.

Seit 2009 versucht die HSH Nordbank ein neues Geschäftsmodell mit der Überschrift »Bank für Unternehmer« zu etablieren. Dieses neue Geschäftsmodell funktioniert bisher nicht, die Bank subventioniert ihr verlustreiches, überhaupt nicht tragendes operatives Kerngeschäft durch permanente Verkäufe von Assets bzw. Beteiligungen. Außerdem schön sie die Bilanz durch ein überaus kreatives Buchungsgebaren



Geschäftsstelle der HSH Nordbank Foto: Karin Desmarowitz

sowie gewinnerhöhende Auflösungen von dringend notwendigen Risikovorpositionen.

Der große Vermögensverlust im Zusammenhang mit der HSH Nordbank geht auf Fehlentscheidungen des Managements, des Aufsichtsrats und der politischen Führungen zurück. Um es mit einem Zitat von Dr. Peiner, ehemaliger Aufsichtsrats-Vorsitzender der HSH Nordbank, zu sagen: „Die HSH Nordbank ist seit 2006 keine Landesbank mehr, sondern eine »international aufgestellte Geschäftsbank in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft.«“ Die Masse der bundesdeutschen Landesbanken hat diesen Kurs eingeschlagen, die Schäden muss die Allgemeinheit tragen. Die zur Sanierung notwendigen Mittel fehlen für die Infrastruktur und die sozialen Aufgaben an allen Ecken und Enden. Kurzum: Mit Banken mit „öffentlichem Auftrag“ haben Landesbanken wie die HSH Nordbank hinsichtlich ihrer Geschäftsmodelle und ihrer Kompetenzen rein gar nichts mehr zu tun.

Nach der Finanzkrise hatten die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein eine Kapitalaufstockung von drei Mrd. Euro auf sich genommen und außerdem im Umfang von zehn Mrd. Euro eine Bürgschaft für Verluste der Bank jenseits von

3,2 Mrd. Euro übernommen. Diese Garantien wurden auf 7 Mrd. Euro zurückgefahren, als die Bank in etwas ruhigeres Fahrwasser zu steuern schien. Diese Entscheidung hat sich als voreilig erwiesen.

Zu den Wahrheiten gehört weiter:

Die HSH Nordbank schreibt seit Jahren rote Zahlen. 2012 machte die Landesbank im Konzern einen Verlust von 124 Mio. Euro – schon im Vorjahr 2011 hatte man 265 Mio. Euro in den Sand gesetzt. Auch für das laufende Jahr werde man – so die Bank – in den roten Zahlen verharren. Erst für 2014 verspricht sie, die Verlustzone zu verlassen. Aber auch diese Aussage ist nicht belastbar. Im neuen Geschäftsbericht 2012 heißt es lapidar. „Nach den Rechnungsvorschriften des HGB erwarten wir, für 2013 und 2014 jeweils einen Verlust ausweisen zu müssen. Die Ergebnisse der Jahre 2015, 2016 sowie teilweise 2017 werden nach unserer aktuellen Einschätzung benötigt, um das durch aufgelaufene Verlustbeteiligungen herabgesetzte Hybridkapital wieder aufzufüllen. Vor diesem Hintergrund werden Kuponzahlungen auf Stille Einlagen und Genussrechtskapital voraussichtlich wieder für das Jahr 2017 geleistet.“

HSH Nordbank als führender Schiffsfinanzier

Die Kernthese des Bankmanagements und der politischen Führung in den beiden Bundesländern: Das neue Geschäftsmodell greift und es zeichnen sich wachsende operative Gewinne ab. In der Kernbank, also ohne die zur Abwicklung stehenden Geschäfte, habe die Landesbank eine hohe einstellige Rendite erzielt, behauptet der HSH Chef. Die Tragfähigkeit des neuen Geschäftsmodells ist allerdings keineswegs erwiesen. Fakt ist: Der HSH Nordbank hat es bislang nicht geschafft, die ansteigenden Verluste im Schiffsgeschäft auszugleichen.

Die Prognosen der Bank sind schon wieder überholt: Es gibt kräftige Hinweise, dass diese Schiffsfahrtskrise nicht im Jahre 2014 (wie von der Bank prognostiziert) beendet sein wird. Das bedeutet, dass der gegenwärtige Krisenplan schon wieder von gestern ist.

Das Neugeschäft der HSH Nordbank zeigt keinen Beweis für eine positive Zukunft. Veröffentlicht werden lediglich Umsatzzahlen; zusätzlich birgt es die große Gefahr einer weiteren neuen Blase – denn es gibt zu viele Banken und diese überbieten sich gegenseitig darin, neue Geschäfte zu finanzieren. Die HSH Nordbank hat aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage schlechtere Bedingungen.

Die Linksfraktion in der Bürgerschaft hat sich gegen die Erhöhung der Garantie ausgesprochen. Die Gründe:

1. Seit ihrem Beinahe-Crash in den Jahren 2007 bis 2009 hat die Bank noch nie ihre Planungen einhalten können. So ist von ihr bisher auch nicht dargelegt worden, wie sie auf die Zielgröße von 1,3 Mrd. Euro Garantiezuhaltung in 2019 gekommen ist. Die Planung ist intransparent. Und wir haben es im Großen und Ganzen mit dem gleichen Management der Bank zu tun, das schon mehrfach und teuer in seinen Einschätzungen danebenlag.

2. Der Aktienwert der Bank war seit langem überhöht und musste mit sanftem Druck der EU von 19 Euro im Jahr 2009 auf 13,05 Euro korrigiert werden. Schon die Berichtigung auf 19 Euro erzeugte massive Vermögensverluste (772 Mio. Euro) beim Hamburgischen Versorgungsfonds.

Sie schädigte auch den HSH Finanzfonds AöR für seine Engagements bei der Landesbank beträchtlich. Er musste zum 31.12.2011 Abschreibungen in Höhe von 939 Mio. Euro verarbeiten. HGV und der HSH Finanzfonds AöR mussten dann per 31.06.2012 eine weitere Abschreibung auf ihren jeweiligen Beteiligungswert der HSH vornehmen. Die HSH-Aktien wurden jetzt nur noch mit 11,95 Euro bewertet. Dadurch ergab sich allein beim HSH Finanzfonds AöR ein weiterer Abschreibungsbedarf von ca. 200 Mio. Euro. Und nun folgt die aktu-

ellste Wertkorrektur per 31.12.2012 auf 7,51 Euro.

3. Das Argument, die HSH Nordbank sei für den Norden ein unverzichtbarer Finanzierungspartner für die Schifffahrt, entbehrt jeder Grundlage. Einmal besteht eine EU-Auflage, die die Bank einhalten muss. Sie kann nicht beliebig Schiffe finanzieren, sondern muss im Gegenteil das Segment schrumpfen. Zum anderen kann die Bank gar nicht in notwendiger Größenordnung Neugeschäfte tätigen, weil sie ihr dafür notwendiges Eigenkapital in Beständen (Assets) gebunden hat, die sie nicht los wird.

4. Auch das immer wieder angezogene Argument „Gewährträgerhaftung“ zieht nicht: Die Stadt verantwortet noch aus alten Zeiten eine Haftung über 30 Mrd. Euro. Diese werden allerdings Ende 2015 zu einem Großteil auslaufen. Die Bank müsse, so die Argumentationslinie, auf jeden Fall solange (not-)beatmet und am Leben gehalten werden, bis diese von der Bank selbst aufgenommenen, durch Gewährträgerhaftung unterlegten, Gelder auslaufen. Dieses würde die Risiken der öffentlichen Hand deutlich mindern.

Dieses Argument greift allerdings überhaupt nicht. Was wird denn Ende 2015 mit dem auslaufenden Bestand passieren? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder findet die Bank Anschlussfinanzierungen oder sie muss den Bestand zurückzahlen bzw. tilgen. Beide Möglichkeiten funktionieren nur dann reibungslos, wenn die Bank neue gewinnträchtige Geschäfte macht. Dies ist nicht ansatzweise zu erkennen. Daher haftet die Stadt weiterhin. Vor diesem Hintergrund ist es völlig absurd, dass die Bank allen Ernstes die Länder um eine erneute Garantierhöhung von drei Mrd. Euro anbettelt.

Zusätzlich dürfte allen Beteiligten klar sein und wurde auch von allen externen Experten betont, dass die Garantierhöhung ein erneutes EU-Beihilfverfahren in Gang setzen wird – Ausgang überaus ungewiss.

Gegenwärtig hofft und betet der Senat, dass die Bank irgendwie aus der Krise herauskommt. Eine verantwortliche Politik würde zumindest die geregelte Abwicklung der Bank prüfen lassen – aber selbst die Prüfung eines Planes B wagt die SPD noch nicht einmal. Die Auseinandersetzung mit den Mächtigen ist das Ding der SPD nicht. Das wird der Stadt schaden.

Die Linke in der Bürgerschaft unterstützt stattdessen den Weg einer geregelten Abwicklung der Bank. Es gibt einen gesetzlichen Weg der Restrukturierung. Das hat nichts zu tun mit chaotischen, unregelmäßigen Verhältnissen und schont den Geldbeutel der Stadt. Es bedeutet, dass die Bürger dieser Stadt bestimmen und nicht die Vorstände der Bank.

Norbert Hackbusch

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat, um 19:30 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat, um 19:30 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat, um 18:00 Uhr im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock,
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg Fachforum der Linken

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, um 19:15 Uhr in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion,
Buceriusstraße 2 (Haus am Domplatz), 20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67, nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden vierten Dienstag im Monat, um 19:30 Uhr im Bürgertreff Altona-Nord,
Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Jeden ersten Mittwoch im Monat, um 19:00 Uhr im „Sterne“ Haus,
Bahrenfelder Chaussee 49, 22761 Hamburg

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat, um 19:30 Uhr im Restaurant Blankenese,
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat, um 19:30 Uhr im Stadtteilhaus Lurup – Lesecafe,
Böverstland 38, 22547 Hamburg

Stadtteilgruppe Ottensen

Jeden zweiten Montag im Monat, um 19:00 Uhr im Parteibüro,
Am Felde 2 (Ottensen), 22765 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de

Mail: info@die-linke-altona.de

Tel.: 040 – 41 35 85 20

Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg

Impressum:

Redaktion: Volker Vödisch, Metin Kaya

V.i.S.d.P.: Beate Reiss • Am Felde 2 • 22765 Hamburg

Gestaltung: www.karindesarowitz.de

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA